Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8082

08. 10. 90

Sachgebiet 7401

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Pinger, Feilcke, Frau Fischer, Hedrich, Höffkes, Dr. Kronenberg, Dr. Kunz (Weiden), Frau Männle, Dr. Pohlmeier, Frau Rönsch (Wiesbaden), Schreiber, Frau Augustin, Austermann, Börnsen (Bönstrup), Breuer, Carstensen (Nordstrand), Dr. Fell, Francke (Hamburg), Fuchtel, Frau Geiger, Dr. Grünewald, Frau Dr. Hellwig, Herkenrath, Hinsken, Hornung, Dr. Jobst, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Kappes, Kossendey, Lenzer, Frau Limbach, Maaß, Magin, Marschewski, Müller (Wadern), Nelle, Oswald, Pesch, Pfeffermann, Regenspurger, Ruf, Sauter (Epfendorf), Frau Schätzle, Schartz (Trier), Schemken, Schmidbauer, von Schmude, Dr. Schroeder (Freiburg), Schulhoff, Schulze (Berlin), Schwarz, Dr. Schwörer, Spilker, Dr. Stercken, Susset, Dr. Uelhoff, Wilz, Frau Dr. Wisniewski und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hoppe, Bredehorn, Dr. Feldmann, Frau Folz-Steinacker, Dr. Hitschler, Dr. Hoyer, Irmer, Kohn, Nolting, Richter, Ronneburger, Frau Dr. Segall, Frau Seiler-Albring, Dr. Solms, Frau Walz, Zywietz und der Fraktion der FDP
— Drucksache 11/7473 (neu) —

Ein gemeinsamer deutscher Beitrag für eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit durch Entspannung zwischen Ost und West

A. Problem

In der Dritten Welt herrscht heute die Sorge, daß die Ost-West-Entspannung die Aufmerksamkeit von den Problemen der Dritten Welt abziehen könnte, daß Hilfe, Kapital und Fachkräfte hauptsächlich zum Wiederaufbau in Mittel- und Osteuropa gebraucht werden und die Entwicklungshilfe der Industrieländer zurückgehen werde.

B. Lösung

Die Überwindung des Ost-West-Konflikts und die dynamische Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft verbessern auch die Entwicklungschancen der Dritten Welt. Aufforderung an die Bundesregierung, am Beispiel der deutschen Vereinigung die Möglichkeiten zu erproben und zu demonstrieren, die sich aus der Ost-West-Entspannung für die Dritte Welt ergeben.

Mehrheit im Ausschuß bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP in seiner ursprünglichen Fassung

D. Kosten

Abhängig von den Maßnahmen der Bundesregierung

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag — Drucksache 11/7473 (neu) — wird in folgender veränderter Form angenommen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   Die Überwindung des Ost-West-Konflikts sowie die dynamische Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft verbessern auch die Entwicklungschancen der Dritten Welt.

   Denn einerseits haben die Vorgänge in den sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas Signalcharakter auch für die Dritte Welt, sowohl für die Lösung regionaler Konflikte als für den Erfolg friedlicher innerer Reformen.

   Andererseits macht die Überwindung der Konfrontation in Europa auch den Weg frei für gemeinsame Anstrengungen zur Lösung der überragenden globalen Zukunftsaufgaben der Menschheit: Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Kampf gegen Hunger und Armut, gegen Seuchen und Drogen, für tragfähiges Wachstum und eine sozial gerechte Verteilung des daraus erwachsenden Nutzens sowie Grundbildung für alle.

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung

   — sich nachhaltig für einen Erfolg des KSZE-Prozesses und insbesondere für die Verabschiedung des Dokuments der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa eingesetzt hat, dessen Kernaussagen den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Achtung der Menschenrechte, der Nichtdiskriminierung, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit sowie der auf privater Initiative beruhenden sozialen und ökologischen Marktwirtschaft unterstreichen;

   — den Signalcharakter der Vorgänge in Europa auch gegenüber der Dritten Welt deutlich macht;

   — bereits mit der Regierung der früheren DDR den Dialog über eine schrittweise gemeinsam zu gestaltende Nord-Süd-Politik im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung der Deutschen gegenüber der Dritten Welt aufgenommen hat;

   — ihre Abrüstungsanstrengungen auch mit dem Ziel unternimmt, freiwerdende Ressourcen zur Lösung der Entwicklungsprobleme in den Ländern der Dritten Welt einzusetzen und diese am Abrüstungsprozeß zu beteiligen;

   — wiederholt versichert hat, daß die jetzt notwendigen Finanzleistungen für die deutsche Einheit und für die Zusammenarbeit mit Osteuropa nicht zu Lasten der Hilfe für die Dritte Welt gehen werden.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

   am Beispiel der deutschen Vereinigung die Möglichkeiten zu erproben und zu demonstrieren, die sich aus der Ost-West-Entspannung für die Dritte Welt ergeben, indem sie sich bemüht,

   - Waffenlieferungen in Spannungsgebiete durch internationale Absprachen zu verhindern;
   - auf Konfliktparteien in der Dritten Welt einzuwirken, die früher in ihrem Kampf von Ost und West unterstützt wurden, die Konflikte friedlich, demokratisch und auf dem Weg des Dialogs und unter Wahrung der Menschenrechte zu lösen;
   - in der früheren DDR ausgebildeten Fach- und Führungskräften aus der Dritten Welt im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die Möglichkeit anzubieten, sich das Wissen um die Grundlagen sozialer Marktwirtschaft und Demokratie in Fortbildungsmaßnahmen anzueignen;
   - bei der öffentlichen Entwicklungshilfe dafür zu sorgen, daß der deutsche ODA-BSP-Anteil auch bezogen auf das BSP eines vereinigten Deutschland nicht absinkt, sondern mindestens den 1989 erreichten Anteil von 0,41 Prozent beibehält.

4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, über die Erfolge ihrer Bemühungen dem Deutschen Bundestag zu berichten.

Bonn, den 5. Oktober 1990

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Dr. Holtz	**Dr. Hauchler**	**Graf von Waldburg-Zeil**
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Dr. Hauchler, Graf von Waldburg-Zeil

Der Deutsche Bundestag überwies in seiner 218. Sitzung am 22. Juni 1990 den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP [Drucksache 11/7473 (neu) vom 21. Juni 1990] „Ein gemeinsamer deutscher Beitrag für eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit durch Entspannung zwischen Ost und West" sowie einen Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 11/7387 vom 15. Juni 1990) „Entwicklungspolitik in gesamtdeutscher Verantwortung" zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 77. Sitzung am 6. September 1990 dem federführenden Ausschuß einstimmig empfohlen, einen aus beiden Anträgen gemeinsamen Antrag zu gestalten zu suchen, da er in beiden Anträgen politisch wichtige Beiträge formuliert sieht.

In der 77. Sitzung am 19. September 1990 einigte sich der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit darauf, wegen der unterschiedlichen Zielrichtung der Anträge über die Anträge der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD getrennt abzustimmen.

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP legten eine überarbeitete Fassung ihres ursprünglichen Antrages — Drucksache 11/7473 (neu) — vor. Dieser Antrag wurde in Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN mit Mehrheit angenommen.

Bonn, den 5. Oktober 1990

Dr. Hauchler **Graf von Waldburg-Zeil**

Berichterstatter



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333